

2015-02-02

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 17.12.2014

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Harald

Fraktion der SPD

Perl, Gabriele

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Bönecke, Matthias

Fraktion der AfD

Mrosek, Andreas

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Palermo, Antonio

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung des Stadtrates und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 44 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, unterbreitete den Vorschlag, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

1. Die Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Sachsen-Anhalt an Herrn Dr. Ulbrich erfolgt im zu ergänzenden Tagesordnungspunkt 2.1

2. Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 7.1 - Vorstellung und Bestellung des Generalintendanten des Anhaltischen Theaters Dessau - erfolgt nach dem Tagesordnungspunkt 3.
3. Der Tagesordnungspunkt 7.16 – Langfristige Sicherung des Dessau-Roßlauer Handballvereins 2006 e. V. wird vorgezogen und anstelle des Tagesordnungspunktes 7.1 behandelt.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, zog die Beschlussvorlage 7.26 – Ausnahme von der Haushaltssperre – Kinderzirkus „raxli-faxli“ zurück.

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form einstimmig beschlossen.

2.1 Verleihung der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt

Herr Obürgermeister Kuras begründete die Verleihung der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt an Herrn Dr. Bernd Ulbrich. Seit der Wiedergründung der Dessauer Moses-Mendelssohn-Stiftung zur Förderung der Geisteswissenschaften im Jahr 2009 arbeitet Herr Dr. Ulbrich aktiv im Vorstand der Stiftung. Sein wissenschaftlicher Rat wurde oft gefragt und als unabdingbar angesehen. Des Weiteren arbeitet er seit dem Jahr 2008 in der Arbeitsgruppe „Geschichte des Oberbürgermeisters“ engagiert mit und hat einen wesentlichen Anteil am Erscheinen der Stadtchronik der Stadt Dessau. Herr Dr. Ulbrich hat die Erarbeitung des zweiten Teiles der Chronik „Dessau im 20. Jahrhundert“ übernommen. Dieser Band der geplanten 3-bändigen Stadtgeschichte ist bereits im Oktober 2013 erschienen und einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt worden. Große Verdienste habe Herr Dr. Ulbrich auch bei der Begehung des Stadtjubiläums „Dessau 800“. Gemeinsam mit dem Stadtarchiv und dem Verein für Anhaltische Landeskunde sowie weiteren Partnern hat er ein überregional beachtetes Colloquium anlässlich der 800jährigen Ersterwähnung der Stadt Dessau inhaltlich gestaltet und durchgeführt. Es war und ist ihm ein wichtiges Anliegen, die Tradition der jüdischen Kultur und Religion zu recherchieren, zu vermitteln und festzuhalten und dabei nicht nur als Ansprechpartner zu fungieren. Aus diesem Grund stehe er in enger Verbindung mit der jüdischen Gemeinde zu Dessau und bringe sich am runden Tisch der Religionen ein.

Große Unterstützung haben wir durch Herrn Dr. Ulbrich auch bei der Vorbereitung des Gedenkens zum 75. Jahrestag des Novemberpogroms erfahren. Zentraler Mittelpunkt des Gedenkens am 10. November 2013 waren 150 Gedenksteine mit dem Namen der Opfer des Holocausts aus Dessau-Roßlau. Die Werkstatt für Gedenkkultur aus Lokalhistorikern, Künstlerinnen und Kirchengemeinden führe eindrucksvoll vor Augen, welche mörderischen Konsequenzen der nationalsozialistische Terror mit seinem Antisemitismus gerade im einstigen Zentrum der jüdischen Aufklärung hatte. Auch hier ist Herr Dr. Ulbrich ein sehr aktives Mitglied. Gerade dieses Projekt „Gedenkkultur“ sei ihm maßgeblich zu verdanken.

Herr Oberbürgermeister Kuras nahm nach Verlesen der Urkunde die Verleihung vor und beglückwünschte Herrn Dr. Ulbrich.

Herr Dr. Ulbrich sprach insbesondere Frau Angelika Storz seinen Dank aus, da sie vor vielen Monaten diese Prozedur in die Wege geleitet hat. Den Stadträten wünschte er einen freien Geist für die verantwortungsvolle Arbeit.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.11.2014

Mit dem Hinweis von **Herrn Trocha, CDU-Fraktion**, dass Herr Weber nicht mehr Mitglied der CDU-Fraktion ist, wurde die Niederschrift mit 1 Enthaltung genehmigt.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras informierte über folgende Ereignisse:

Termine/Veranstaltungen/Ausstellungen:

Am 07.11.2014 erfolgte die Inbetriebnahme des Schöpfwerkes an der Rossel in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Landwirtschaftsministers. Die Ortschaft Roßlau sei nun deutlich besser vor Hochwasser geschützt

Ebenfalls am 7.11.2014 fand das Bundestreffen des Allgemeinen Deutschen Fahrradklubs mit Unterstützung des Umweltbundesamtes, gepaart mit einem Fachkongress, statt. Das war ein wichtiger Meilenstein, um wieder an die Tradition „Stadt der Fahrradfahrer“ anzuknüpfen.

9.11.2014 - Pogromgedenken an der Stele.

16.11.2014 Gedenkveranstaltung anlässlich des Volkstrauertages.

25.22.2014 Verleihung der Stadtplakette an den Heimat- und Förderverein Dessau-Alten anlässlich seines 10jährigen Bestehens.

Zum Thema Bauhausmuseum fand eine Pressekonferenz zur bevorstehenden Bau- grunduntersuchung am 22. Und 23.12.2014 statt.

10.12.2014 Richtfest für das Pflegeheim „An der Rossel“. Die Lage, gegenüber einer Kindereinrichtung, wurde glücklich gewählt.

4.12.2014 Einbürgerungsfest im Ratssaal Dessau.

11.12.2014 Verabschiedung des Geschäftsführers der DVV, Herrn Tobler, verbunden mit der Verleihung der Stadtplakette.

Aus den Ämtern und Dezernaten

Bereich Kultur

Am 28.11.2014 wurde der Dessauer Kalender vorgestellt, der zu einem Preis von 8 € zu erwerben ist.

Das Kulturamt führte am 04.12.2014 im Bürgerhaus in Mosigkau eine Informationsveranstaltung für alle Kultur-, Heimat- und Traditionsvereine durch. Schwerpunkt war die Bekanntgabe von Veranstaltungsterminen, insbesondere das Jubiläumsjahr „Roßlau 800“. Die Einladung zur Mitwirkung und aktuelle Informationen zu kulturpolitischen Themen wurden gegeben.

Das Sozialdezernat hat die Veranstaltung zudem genutzt, um über Möglichkeiten von Beschäftigungsverhältnissen des zweiten Arbeitsmarktes sowie im Bundesfreiwilligendienst zu informieren. Teilgenommen haben Vertreter von 26 Vereinen.

Im November war das MDR-Fernsehen im Dessauer Tierpark mit der beliebten Rätselsendung „Wo bin ich?“ zu Gast. Diese Rätselsendung stellt verpackt in originellen Hinweisen eine bekannte Sehenswürdigkeit einer Stadt vor. Insgesamt kann der Tierpark zum Stichtag 30.11.2014 eine Besucherzahl von 89.765 Personen aufweisen. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 17,7 %.

Durch den Nachweis der Vogelgrippe in Deutschland müssen aus reiner Vorsichtsmaßnahme auch in Sachsen-Anhalt die Tieranlagen mit einer gesicherten Abdeckung zum Schutz vor Eindringen von Wildvögeln versehen werden. Dies ist im Tierpark entsprechend erfolgt, jedoch haben diese Maßnahmen einen Aufwand produziert.

Stadtgeschichte Anhalt-privat gesammelt

Der Verein für Kultur und Geschichte in Anhalt Dessau e. V. präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Museum für Stadtgeschichte eine kleine, aber sehr feine Ausstellung „Anhalt-privat gesammelt“ im Johannbau. Herr OB Kuras dankte dem Verein für sein Engagement.

Sammeln und Zeichnen - Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff in Rom

Die Anhaltische Gemäldegalerie zeigt aus ihrem Bestand herausragende Werke vom 16. Jahrhundert bis zum späten 17. Jahrhundert. „Sammeln und Zeichnen Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff in Rom, wurde am 05.12.2013 eröffnet. Dank gilt den Partnern in Rom, der Ernst-von-Simon-Stiftung und dem Land Sachsen-Anhalt für die Finanzierungsbeteiligung. Ein sehr ansprechender Katalog zeigt diese ausgestellten Grafiken und Zeichnungen und ist auch dort in der Galerie käuflich zu erwerben.

Weiterführung der Sanierung im Schloss Georgium.

Durch die Stadt Dessau-Roßlau wurde fristgerecht ein Förderantrag im Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ gestellt. Die beantragten 3,3 Millionen Euro wurden abgelehnt. Es müsse nach neuen Finanzierungsquellen gesucht werden, um die Baustelle Georgium weiter vorantreiben zu können. Die Eröffnung der Erdmannsdorff-Ausstellung wurde genutzt, um der Vertreterin des Staatsministers für Medien und Kultur, Frau Dr. Bias-Engels, noch einmal die Problemlage darzustellen. In einem Brief des Oberbürgermeisters wurde auf die Wichtigkeit dieses Schlosses verwiesen. Das Schloss Georgium müsse auch im Kontext des Bauhausjubiläums eine Rolle spielen.

Schule/Sport

Am 10.11.2014 fanden die Wahlen zum Vorstand des Stadtschülerrates statt. Vorsitzende Sprecherin ist Stefanie Stete von der Sekundarschule Zoberberg.

Die 4. Dessauer Boxnacht fand am 06.12.2014 in der Anhalt-Arena statt. Mit dieser Boxnacht startete der Sportwinter in unserer Stadt. 1500 Zuschauer sahen viele spannende Kämpfe.

Am 28.12.2014 findet der Fußball-Cup der Bundesliga Traditionsmannschaften in der Anhalt-Arena statt. Namenhafte Spieler aus namenhaften Mannschaften z. B. Hamburger SV, Schalke 04, Kaiserslautern, usw. sind dabei.

Am 09.01.2015 wird die 16. Auflage des Hallenfußballs um den Ford-Cup ausgespielt. Auch hier sind viele Mannschaften aus anderen Städten dabei.

Am 24. und 25.01.2015 findet das 21. Internationale Hallenfußballturnier um den Allianz-Cup statt. Es ist gelungen, neben den Spitzenclubs der deutschen Fußballbundesliga, mit einer Mannschaft aus Tokio und einem Topteam aus England, dem FC Chelsea London, weitere zusätzliche Aufwertungen vorzunehmen.

Zum Ende des Sportwinters am 11.02.2015 findet in der Anhalt Arena die 14. Auflage des Internationalen Springermeetings statt.

Die Einweihungsfeier des Hortes der Evangelischen Grundschule in der Schillerstraße 37 in Dessau fand nach der Sanierung am 7.11.2014 statt. Des Weiteren erfolgte die Erhöhung der Platzkapazitäten um 10 Plätze. Es können nun 170 Hortkinder in den neuen Räumlichkeiten betreut werden. Der Träger des Hortes ist die Anhaltische Diakonissenanstalt.

Abschließend verwies **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, auf die schriftlich ausgereichten Informationen zum Hochwasser und zum Stand der Baumaßnahmen. Sich auf die Seite 8, Möblierung des Rathauses, beziehend, verwies er darauf, dass als Endtermin die Sommerpause angedacht ist, um danach einen neu gestalteten Ratssaal benutzen zu können.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Stadtratssitzung am 05. November 2014 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.20 Uhr

Im Auftrag einer Bürgerinitiative verwies **Herr Lingner** auf den katastrophalen Zustand in der Daheimstraße und in der Lutherstraße aufgrund von Lärm und Schmutz. Auf einen im August an den Oberbürgermeister gesandten Brief habe er keine Antwort erhalten. Die im September dazu eingereichten Forderungen wurden seitens der Verwaltung abgelehnt, womit sie sich nicht zufrieden geben.

Deshalb werde die Bildung eines „Runden Tisches“, unter Beteiligung aller zuständigen Ämter, gefordert. Allerdings wurde von der Recycling GmbH im Auftrag von Herrn Schönemann in der Daheimstraße einiges gemacht. Es wurden Bäume gepflanzt und ein Blechzaun gezogen, damit nicht so viel Schmutz in das Wohngebiet eindringt. Die Stadtverwaltung habe sich aber völlig herausgehalten. Er bitte noch einmal um Unterstützung, damit der katastrophale Zustand endlich beendet wird.

Diesem Anliegen verweigere man sich natürlich nicht, entgegnete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

Frau Gerlinde Lechler, Gropiusallee 3, 06846 Dessau-Roßlau, stellte folgende Fragen:

Zum Bauhausmuseum im Stadtpark

- Wie viele Einwendungen sind zum B-Plan Nr. 220 gemacht worden?
- Wann wurden diese dem Stadtrat zur Abwägung und Behandlung vorgelegt?
- Wann und wie wurde über das Ergebnis der Behandlung der Stellungnahmen durch die Stadt an die Einreicher eine Information gegeben?

Zum Abriss der Gebäude in der Gropiusallee 55, 67-71

- Wieso kann die DWG diese Wohnungen an die Wohnungsgenossenschaft (an den Meistbietenden) zu Abriss verkaufen, obwohl hier eine gute Bausubstanz und eine hochwertige Innenausstattung vorhanden waren?
- Wer hat den Bau- und Ausstattungszustand dieser Wohnungen geprüft?
- Warum wurde entschieden, dass diese Wohnungen nicht saniert werden?
- Warum werden nicht in den beiden leerstehenden Blöcken in der Schaftrift Fahrstühle eingebaut?
- Warum gab es bezüglich der Abrisskündigungen keinen Sozialplan, warum wurden die Bürger mit zum Teil 80 und 90 Jahren allein gelassen?
- Kann nicht geregelt werden, dass es keinen Abriss ohne Sozialplan gibt?

Abschließend verwies Frau Lechler darauf, dass es viele Leute gibt, die sich für diese Stadt einsetzen wollen, ihnen müsse nur mitgeteilt werden, wo sie gebraucht werden.

Frau Lechler wurde eine schriftliche Beantwortung ihrer Fragen zugesagt.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2012 im Haushaltsvergleich
Vorlage: IV/062/2014/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Prüfungsergebnis des Verwendungsnachweises des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten des Jahres 2013
Vorlage: IV/060/2014/V-DKT

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Bericht zur Umsetzung des Leitbildes (Jahresbericht 2013) **Vorlage: IV/061/2014/VI-61**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Kolze, Fraktion der CDU, bezog sich auf den unsäglichen Zustand für die Bewohner der Junkerstraße und der Robert-Bosch-Straße bis zur Brauerei, welche insbesondere durch den Schwerlasttransport mit Windkraftanlagen einiges zu ertragen haben. Um die Möglichkeiten der Unterstützung des Landes auszuloten war er gemeinsam mit Frau Nußbeck am 25. Oktober 2013 bei Herrn Minister Webel. Aus dieser Veranstaltung sei man auch mit einem guten Ergebnis herausgegangen. Informativ sei ihm bekannt, dass die Verwaltung an diesem Thema arbeitet. Er stellte die Frage, wann an dieser Stelle mit Abhilfe zu rechnen ist.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, entgegnete, dass die Stadtverwaltung, nachdem dieses Thema beim Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr angesprochen wurde, eine Sondierung vorgenommen hat. Innerhalb der Stadt gebe es viele marode Straße. Die Junkerstraße stand aufgrund der Prioritätenliste nicht an erster Stelle. Da eine 90%ige Förderung im Rahmen des Umweltprogrammes in Aussicht gestellt wurde, sei die entsprechende Summe in den Haushalt eingestellt worden. Der Antrag wurde gestellt, jedoch habe man bis heute keine Förderung erhalten. Insofern reihe sich die Maßnahme wieder dort ein, wo sie mal war. Wenn das Ministerium der Stadt eine höhere Förderung gibt, gehe sie automatisch wieder nach oben. Es sei nicht mit einer Teerdecke getan, sondern die Straße müsse grundhaft ausgebaut werden, so dass dann auch wieder Belastungen auf die Anlieger zukommen.

Herr Grey, NPD, legte dar, er wolle über Veranstaltungen informieren, wie mit Bürgern und gewissen Stadträten in der Stadt umgegangen wird. Am 10.11.2014 hatte der Oberbürgermeister die Stadträte persönlich zu einer Veranstaltung des Netzwerkes „Gelebte Demokratie“ eingeladen, welche anscheinend das fragwürdige Ziel verfolgte, eine genehmigte Demonstration im Jahr März 2015 zu verhindern. Zum Glück kamen zu dieser Veranstaltung nur wenige Bürger und noch weniger Stadträte. Trotzdem wurde unter Anwendung einiger Tricks ein Weg gesucht und gefunden, den Stadtrat der NPD von dieser Veranstaltung auszuschließen. Vermutlich war die Veranstaltung darauf ausgelegt, Straftaten zu planen, denn nichts anderes stellt eine Blockade genehmigter Demonstrationen dar. Die bürgerlichen Gutmenschen mögen gern von zivilem Ungehorsam sprechen. Für die Justiz handelt es sich jedoch um Straftaten, wie Urteile aus Sachsen zeigen. Das sei kein richtiger Umgang mit Bürgern und Stadträten. Nicht gut sei, dass der Oberbürgermeister sich für derartige Veranstaltungen instrumentalisieren lässt, Leute einlädt und wenn diese dann erscheinen, mit juristischen Spitzfindigkeiten Wege sucht, um diese wieder auszuschließen. Er erinnere daran, dass das Amt des Oberbürgermeisters einem Neutralitätsgrundsatz unterliegt, der hier in keiner Weise bewahrt wurde.

Außerdem verweise er darauf, dass das Blockieren genehmigter Demonstrationen einen Straftatbestand darstellt, welcher im kommenden Jahr auch mit allen legalen Mitteln durch den Veranstalter verfolgt wird.

Der zweite Vorfall ereignete sich am 16.11.2014 zum Volkstrauertag auf dem Ehrenfriedhof in der Heidestraße. Aufgrund einer Einladung, welche über den Pressedienst der Stadt an alle Bürger gerichtet war, fanden sich junge Leute aus Dessau auf dem Ehrenfriedhof ein, um an der Trauerveranstaltung der Stadt teilzunehmen. Völlig grundlos wurde diesen Personen im Namen der Stadt und der Versammlungsbehörde ein Platzverweis ausgesprochen. Die Begründung blieb die Stadt und die Versammlungsbehörde bis zum heutigen Tag schuldig. Da sich die betreffenden Personen nicht in ihren Rechten beschneiden ließen und dieser Aufforderung nicht nachkamen, legten der Oberbürgermeister und sein Gefolge letztlich doch im Beisein dieser Gruppe ihre Kränze nieder und das ohne irgendwelche negativen Vorfälle. Diese Situation zeigt einmal mehr, dass die Stadt und insbesondere der Oberbürgermeister völlig überzogen reagieren, sobald sich jemand aus den Reihen des Gutmenschentums bewogen fühlt, den Mund gegen vermeintlich national gesinnte Bürger aufzureißen. Es zeigt aber auch, dass das Amt des Oberbürgermeisters nicht immer neutral geführt wird. Entsprechend dieser Umstände werde das auch so in die Öffentlichkeit transportiert. In Zeiten, in dem die Bürger langsam aufbegehren und sich nicht mehr alles gefallen lassen, kann er nur sagen, weiter so.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, die Planer der Veranstaltung „Gelebte Demokratie“ sahen sich am 10.11.2014 durch die Anwesenheit von Herrn Grey und 2 weiteren Gästen daran gehindert, das Ziel der Veranstaltung zu erreichen. Deshalb habe er, Herr Kuras, die Veranstaltung abgebrochen. Danach habe das Netzwerk als Veranstalter die Möglichkeit genutzt, die Leute auszuschließen, die sie nicht dabei haben möchten. Straftaten wurden hier nicht. Naziaufmärsche sind in dieser Stadt nicht gewünscht. Bezüglich der Veranstaltung zum Volkstrauertag haben ganze Gruppierungen Anstoß daran genommen haben, dass Herr Grey mit weiteren Gleichgesinnten auf dem Gelände des Ehrenfriedhofes waren. Unter anderem habe eine Abordnung des Reservistenverbandes der Bundeswehr gesagt, solange diese Gruppierung sich dort aufhält, werden sie das Gelände des Ehrenfriedhofes nicht betreten. Insofern hatte die Polizei einen Platzverweis ausgesprochen, der jedoch nicht befolgt wurde. Daraufhin wurde die Räumung durch die Polizei veranlasst, da die Würde der Veranstaltung nicht mehr gegeben war.

Frau Müller, Fraktion der SPD, erklärte, der Platzverweis war richtig, denn hätte sein Vorbild Adolf Hitler nicht den Krieg angezettelt, wären am Volkstrauert nicht so viele Opfer zu beklagen. Sie werde immer ihre Kraft dafür einsetzen, dass so etwas nie wieder passiert.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, legte dar, am 3. Januar 1996 proklamierte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Anlass war die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945. Im nächsten Jahr jährt sich dieser Tag zum 70. mal. Die Stadt Dessau hat seit dieser Proklamation immer in würdiger Weise diesen Tag öffentlich im Stadtpark am Mahnmal der Opfer des Faschismus gedacht. Gleichzeitig wurde am 27. Januar 2005 der Mahnpunkt Zyklon B eingeweiht.

An Herrn Oberbürgermeister Kuras und an Herrn Ehm stellte er die Frage, ob sie vorhaben, auch am 27. Januar 2015 den Mahnpunkt Zyklon B in dieses Gedenken mit einzubeziehen.

Dagegen spreche nichts, erwiderten **Herr Oberbürgermeister Kuras** und **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**.

Herr Grey, NPD, bemerkte, er finde es faszinierend, dass Frau Müller seine Vorbilder kennt. Er erinnerte daran, dass die NPD nicht National Sozialistische Partei, sondern National Demokratische Partei heißt. Wenn gerade Die Linken von Faschismus sprechen, wäre er sehr vorsichtig, denn wer etwas älter ist, kenne noch die DDR-Zeiten.

Als **Ortsbürgermeister von Waldersee** verwies **Herr Ehm** auf den MZ-Artikel vom 19. September 2014: „Die Mulde soll wilder werden.“ Ein Umweltverband gebe hier bekannt, dass er 5 Mio. Euro im Jahr 2015 bekommt, um die Mulde in ihrem Lauf wesentlich zu verändern, d. h. die Mulde soll wilder werden. Der Ortschaftsrat Waldersee wendet sich heftig dagegen. Die Ortschaftsräte, die östlich an der Mulde liegen, werden eine Resolution starten, um diesen Unsinn sofort zu stoppen, denn es werden Maßnahmen geplant, die in einem Gebiet gemacht werden können, wo keine Menschen leben, aber nicht in unserem dicht besiedelten Gebiet, in dem noch dazu 2500 Hochwasseropfer leben, die vor 12 Jahren schlimmstes Leid erlitten haben. Er werde auch alle anderen Ortschaftsräte aufrufen, sich dem anzuschließen.

7 Beschlussfassungen

7.1 Vorstellung und Bestellung des Generalintendanten des Anhaltischen Theaters Dessau

Vorlage: BV/374/2014/I-OB

In der Vorstellung ging **Herr Weigand** auf seine Person und den beruflichen Werdegang ein. Er ist 48 Jahre alt und in Heidelberg geboren und aufgewachsen. Seit seinem 22. Lebensjahr ist er am Theater aktiv. Zunächst war er als Regieassistent in Frankfurt, Bonn und anderen Orten als Gast tätig und seit 2001 in Wuppertal als Abteilungsleiter Oper. Anschließend habe er als Opernintendant gearbeitet.

Herr Weigand habe sich bewusst in Dessau beworben, da er eine klare Vorstellung von außen hatte. Es handele sich um eine Stadt mit dem wunderbaren Park- und Gartenreich, dem Bauhaus und um eine Stadt, von der ihm Freunde aus Berlin erzählt haben. Von der künstlerischen Potenz, die weit strahlen könne, sei er begeistert und überzeugter Anhänger des Stadt- und Ensembletheaters. Nur unterschiedliche Ensembles können auch zu dem unterschiedlichen Publikum sprechen und direkt mit ihnen kommunizieren. Beeindruckend sei, dass sich die Stadt Dessau-Roßlau für die Beibehaltung der unterschiedlichen Ensembles entschieden hat. Es sei nicht leicht, allen Sparten in ihrer Professionalität eine Heimat zu geben. Seine erste Aufgabe wäre die Erstellung der Spielzeit 2015/2016, was er mit den tollen Ensembles tun könne. Weiterhin gehe es darum, jeder Sparte ihren Platz in diesem etwas veränderten Theater zu geben. Sehr gut sei bisher auch der Kontakt zum jungen Publikum. Das „Alte Theater“ sei ein wunderbarer kleiner Spielort und das Anhaltische Theater ein wunderbarer großer Spielort.

Er hofft, Formate an einem Ort zu finden und Theater zu machen an dem einen Ort, der sehr jung und frei ist und gleichzeitig die Tradition Oper mit großem Musiktheater weiterzuführen.

Bezüglich der Bitte von **Herrn Schöнемann, Fraktion Die Linke**, etwas zum Konzept zu sagen, führte **Herr Weigand** aus, bezüglich des Spielplanes sei es wichtig, genau zu wissen, welche Position man womit verfolgt, denn ein Theater funktioniere nur, wenn es Zuschauer gibt. Auch im Sinne eines Bildungsauftrages müsse der Kanon der Stücke, die 200 bis 300 Jahre alt sind, zur Diskussion gestellt werden. Er würde gern, was ein mittelfristiger Schritt wäre, aus dem Theater herausgehen und dem Zuschauer dort begegnen, wo er ist, wenn er nicht diese Pforten betritt, denn ein Theater habe unter Umständen auch etwas Abschreckendes. In seiner alten Position habe er das sehr viel in Kirchen und Kantinen gemacht und sei sogar mit der Oper nah an die Leute gekommen. Das sei der Schritt, den er tun würde, wenn man sich in der neuen Form im Theater gefunden hat. Gleichzeitig sei Dessau bekannt, weil es immer Produktionen gespielt hat, die man nicht auch in Berlin oder Leipzig sehen kann. Gerade mit der wunderbaren Kombination aus den Sparten finde an den Theatern zu wenig statt. Zum Beispiel sei die Zeit zwischen den Kriegen eine der produktivsten Zeiten auch im Theater gewesen. Das sei mit den Möglichkeiten zu entwickeln, um dadurch das Alleinstellungsmerkmal oder auch die Marke Dessau-Roßlau zu finden, denn das Theater müsse unsere Welt auch darstellen und nicht einfach nur irgendwo hinführen, in eine wie auch immer geartete Vergangenheit oder Fantasiewelt.

Herr Semper, Fraktion Die Linke, verwies zunächst auf die im Internet aufgeführten 946 Hinweise zur Bewerbung von Herrn Weigand in unserer Stadt. Bezüglich der Ensemblearbeit stellte er die Frage, ob er die Absicht habe, das Wuppertaler Modell nach Dessau zu importieren.

Das Wuppertaler-Modell habe sich innerhalb von 2 Monaten abgeschafft und funktioniere nicht, erwiderte **Herr Weigand**. Ein Publikum muss seine Leute auf der Bühne kennen und umgekehrt auch. Wer hier arbeitet, müsse sich der Stadt verschreiben. Die Nachfrage von **Herrn Semper**, ob er beabsichtigt, seinen Wohnsitz in Dessau zu nehmen, beantwortete **Herr Weigand** mit „wo sonst.“

Herr Oberbürgermeister Kuras ging auf die Fakten, die zur Auswahl von Herrn Weigand geführt haben und auf das durchgeführte Verfahren ein.

Die Stelle des Generalintendanten des Anhaltischen Theaters wurde ausgeschrieben, die Bewerbungsfrist endete am 15.10.2014. Zu diesem Zeitpunkt lagen 35 Bewerbungen vor. Es wurde eine Findungskommission einberufen, um nicht nur Verwaltungsaspekte, sondern auch künstlerische Aspekte in die Entscheidung einfließen zu lassen. Der Findungskommission gehörten unter seinem Vorsitz an: Herr Obert, Referatsleiter im Kultusministerium, Herr Otto, Vorsitzender des Kulturausschusses, Frau Stöbe, Mitglied des Betriebsausschusses des Anhaltischen Theaters, Herr Ullrich-Jäger-Marquardt, Personalratsvorsitzender des Anhaltischen Theaters, Prof. Kaufmann, Intendant des Kurt-Weill-Festes, Herr Bernd Fülle, Geschäftsführender Intendant der städtischen Bühnen der Stadt Frankfurt am Main, Dr. Hellmich, Generalintendant des Theaters in Bonn, Herr Oliver Thust, Vorsitzender des Freundes-

kreises des Anhaltischen Theaters, Herr Meier, Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters.

Diese Findungskommission hat zweimal getagt. Aus diesen 35 Bewerbungen wurden in einem ersten Schritt 8 Bewerber und in einem zweiten Schritt 4 Bewerber ausgewählt. Herr Weigand war in beiden Sitzungen der Findungskommission derjenige mit den meisten Punkten. In der zweiten Sitzung habe er sogar über 80% der Stimmen erhalten. In den stattgefundenen Ausschusssitzungen wurde einstimmig Herr Weigand als der zu favorisierende Bewerber angesehen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, äußerte, der Prozess zur Neubestellung des Generalintendanten habe im ersten Ansatz eine bedauerliche Entwicklung genommen. Es gab viele Irritationen. Er wolle die Bestellung von Herrn Weigand in keinem Fall beschädigen, jedoch bestand anfangs die Hoffnung, dass das Engagement von Andre Bucker, im Zusammenhang mit den kreativen Protesten des Landes Sachsen-Anhalt, eine Weiterbestellung nach sich zieht. An dieser Stelle wolle er darauf aufmerksam machen, wie wichtig der Prozess für die Neufindung und die Sicherung des Anhaltischen Theaters Dessau war, indem Andre Bucker zusammen mit dem Ensemble und den Bürgern der Stadt ein neues Konzept einbrachte, es im Finale am Ende mit den Fraktionen erarbeitete und in der Landesregierung mit Akzeptanz versah. Diese Leistung sei hier zu würdigen und stelle eine Botschaft für den neuen Intendanten, sich in diesen Prozess ebenfalls einzubringen, dar. Die Entscheidung gegen die Weiterbestellung von Andre Bucker war eine politische Entscheidung. Heute akzeptiere die Fraktion diese demokratische Entscheidung und unterstützt geschlossen die Bestellung von Herrn Weigand.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau, bemerkte, er stelle sich hinter die Stellungnahme des Personalrates zu den aufgeworfenen Themen, ohne die Leistungen von Herrn Bucker schmälern zu wollen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:03

7.2 Wirtschaftsplan 2015 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau - Vorlage: BV/326/2014/I-ATD

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

7.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2015 Vorlage: BV/323/2014/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.4 Wirtschaftsplan 2015 des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/273/2014/II-SKD

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.5 Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten (DeKiTa)
Vorlage: BV/349/2014/V-DKT

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

7.6 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten (DeKiTa) für das Jahr 2013
Vorlage: BV/348/2014/V-DKT

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.7 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten (DeKiTa)
Vorlage: BV/237/2014/V-DKT

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.8 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und
ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA für den Zeit-
raum 1. Juli 2014 bis 31. Oktober 2014
Vorlage: BV/352/2014/OB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

7.9 Änderung der Öffnungszeiten in den Museen der Stadt Dessau-
Roßlau für das Jahr 2015
Vorlage: BV/335/2014/I-41

Herr Schönemann erklärte, die **Fraktion die Linke** werde nach eingehender Beratung vom Ausschussvotum abweichen. Die Fraktion habe sich dazu entschieden, diesbezüglich erst Aktivitäten zu akzeptieren, wenn der Kulturentwicklungsplan beschlossen ist, denn es sei eine konzeptionelle Herangehensweise nötig und könne nicht weiter punktuell betrieben werden. Dies wolle er, unabhängig von der Zuord-

nung der gegenwärtigen Verantwortlichkeit, was die Kultur betrifft, anmerken. Insofern wünsche er sich in absehbarer Zeit wieder einen Dezernenten, der für die Kultur verantwortlich zeichnet.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, bemerkte, seine Fraktion sei, was den Beschluss betrifft, zu einem anderen Ergebnis gekommen. Die Aushöhlung der Kultureinrichtungen könne aber so nicht weitergehen. Vor ein paar Jahren hatte man noch die Museumspädagogik und Wissenschaftliche Mitarbeiter. Es sei notwendig, alles in eine Form zu bringen, in der man auch kulturell wirksam werden kann und nicht nur noch Fassaden zu haben. Deshalb unterstreiche er die Forderung zur Weiterführung der Kulturentwicklungsplanung. Dem vorliegenden Antrag werde trotzdem zugestimmt.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck, führte aus, es sei natürlich immer bitter, wenn Einschränkungen an unserem Kulturangebot vorgenommen werden. Der Vorschlag wurde aber gewagt, weil die Stadt mit erheblichen Kostenaufwüchsen zu kämpfen hat.

In den intern geführten Haushaltsdiskussionen zeichne sich ein Haushaltsdefizit in Höhe von 7 Mio. Euro ab. Das ist ein Vorschlag, um die Kostenaufwüchse im Bereich der Aufsichts- und Kassenkräfte zumindest etwas zu dämpfen.

Im Kulturausschuss wurde intensiv darüber diskutiert, was die klügste Variante vor dem Hintergrund Touristen und Arbeitsfähigkeit Museen ist. Am Ende wurde der Kompromiss gefunden, dass eine Komplettschließung über die Wintermonate das verhältnismäßigste Mittel wäre. Sie bitte um Zustimmung zur vorgelegten Beschlussvorlage, weil man ansonsten nicht in der Lage sei, Konsolidierungsmaßnahmen für diesen Haushaltsausgleich vorzuschlagen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:08:04

- 7.10 Abschluss von Vereinbarungen zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und 1. der Kurt-Weill-Gesellschaft zur Betreibung des Kurt-Weill-Zentrums und 2. der Kurt Weill Fest Dessau GmbH zur Vorbereitung und Durchführung des Kurt-Weill-Festes**
Vorlage: BV/324/2014/I-41

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:01:01

- 7.11 Stadt Dessau-Roßlau**
Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2012,
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/351/2014/II-20

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

**7.12 Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2012 der Stadt Dessau-Roßlau
Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden Haushaltsaus-
gabereste; Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/354/2014/II-20**

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, stellte die wesentlich verspätete Einreichung des Jahresabschlusses 2012 fest. Die Gründe dafür seien zwar benannt worden, jedoch wurden die gesetzlichen Vorschriften weit überschritten. Sie wolle jedoch nicht das positive Ergebnis verschweigen, denn im Jahr 2012 wurde ein Schuldenabbau in Höhe von über 10 Mio. € erreicht, weshalb sie der Vorlage zustimmen könne. Sie bitte jedoch darum, die Jahresabschlüsse künftig fristgerecht vorzulegen.

Die Einführung der Doppik in dieser Zeit war sicherlich mehr als eine Jahrhundertleistung, weshalb so etwas verzögert stattfinden darf, entgegnete **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**. Mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 26.271.816 Euro wurde das Ergebnis ausgeglichen festgestellt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

**7.13 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der DVV
Vorlage: BV/330/2014/II-30**

Frau Bürgermeisterin Nußbeck begründete das ausgereichte Ergänzungsblatt, welches ausschließlich redaktionelle Änderungen enthalte. Im § 2 wurde zum Gegenstand des Unternehmens die Stadt Dessau-Roßlau herausgenommen, denn die Stadtwerke sind bereits außerhalb des Stadtgebietes tätig.

Damit werde diese Einschränkung im Gesellschaftsvertrag herausgenommen. Weiterhin wurde der Nachsatz ...“soweit diese nicht durch die Stadt Dessau-Roßlau oder von Dritten wahrgenommen werden, bzw. diesen übertragen werden“ herausgenommen, denn die Stadt könne auch an Dritte übertragen. Hereingenommen wurde aber: „sowie Dienstleistungen zu erbringen“, weil das auch schon passiert. Beim Stammkapital wurde die Rundung auf 205 nach oben gemacht, was ausdrücklicher Wunsch der Geschäftsführung war, um nicht das falsche Signal zu setzen, denn eine Kapitalherabsetzung sei immer die falsche Botschaft.

Im § 8 wurde statt „in Anlehnung an“ gemäß eingefügt und damit klargestellt, dass wir uns an das Drittelbeteiligungsgesetz, zur Beteiligung der Personalräte im Aufsichtsrat, halten wollen. Im § 11 wurde das Wort „Vergütung“ durch das Wort „Aufwandsentschädigung“ ersetzt, weil es sich bei den Aufwandsentschädigungen für Aufsichtsräte nicht um Vergütungen handelt. Im § 12 fehlte das Wort: „Gemeindeordnung.“ Im § 13 wurde die Formulierung: „fremden Unternehmen und Betrieben nur noch auf den Erwerb, Verpachtung oder sonstige Übernahme von Unternehmen“ verallgemeinert, weil der Begriff Betrieb nicht eindeutig ist.

Auch wurden bei den Tochtergesellschaften die 100 % weggenommen, weil man bis auf 2 Beteiligungen nur 100 %ige Töchter habe. Auch hier sollte die Gesellschafterversammlung ein Mitspracherecht bei den Organen haben. Im § 14 wurde eingefügt, dass die Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung einzuberufen ist.

Herr Schönemann, Vorsitzender der Fraktion Die Linke, bemerkte, im Prozess der Neufindung dieses Papieres war man kritisch und hatte eine andere Wahrnehmung. Einiges wurde aufgehellt durch die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen. Die Gesellschafterversammlungen hatten früher einen eigenen Charakter, die Gesetzeslage habe sich in diesem Zusammenhang leider geändert. Mit der vorliegenden Lösung wurde der politische Proporz gesichert.

Auf die Frage von Herrn Hernig, Fraktion AfD, ob es im § 1 Abs. 1 anstatt „Die Gesellschaft **führt** den Namen Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft“ nicht **trägt** den Namen heißen muss, verwies **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, darauf, dass dieser juristische Begriff in Ordnung ist. Die Firma ist der Name.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.14 Wahl von Stadträten in das Kuratorium der Stiftung "Stiftungen der Stadt Dessau" Vorlage: BV/355/2014/II-30

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab die zu benennenden Vertreter der bereits entsandten Stadtratsmitglieder bekannt:

Herr Michael Puttkammer, CDU

Herr Hans-Joachim Pätzold, Die Linke

Herr Dr. Jost Melchior, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:01:01

7.15 Feuerwehrsatzung Vorlage: BV/272/2014/II-37

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates verwies auf den vorliegenden **Änderungsantrag** der Fraktion AfD.

Frau Benkenstein stellte den **Antrag**, den § 15 Abs. 6 wie folgt zu ändern:

„Der Stadtrat von Dessau-Roßlau beschließt, der/dem Angehörigen der Feuerwehr Dessau-Roßlau für jede geleistete Stunde im Sicherheitswachdienst eine pauschalisierte Aufwandsentschädigung in Höhe von 9,50 Euro pro Stunde zu zahlen.“

Den Antrag begründend führte sie aus, im § 15 Aufwandsentschädigung, Beiträge und Zuschüsse, Ziffer 6 Satz 1 heißt es „Für Sicherheitswachdienste bei Veranstaltungen wird den Angehörigen der Feuerwehr Dessau-Roßlau eine pauschalisierte Aufwandsentschädigung von 7,50 Euro je angefangene Stunde erstattet. Im Kostentarif zur Satzung über die Einrichtung der Feuerwehr und die Erhebung von Kostenersatz und Entgelte für die Leistung der Feuerwehr der Stadt Dessau-Roßlau steht unter Ziffer 1 Personalkosten je Stunde, Unterziffer 1.2 Sicherheitswache/ Kosten je Person der Betrag von 19 Euro. Die Stadt berechnet also für jede Sicherheitswache pro Stunde 19 Euro und bezahlt aber den Angehörigen der Feuerwehr für diesen Dienst nur 7,50 Euro pro Stunde. Diese 7,50 Euro liegen deutlich unter dem ab 01.01.2015 geltenden Mindestlohn. Im Verhältnis zu den Einnahmen in Höhe von 19 Euro halten wir die Bezahlung in Höhe von der Hälfte dieser Summe und zwar in Höhe von 9,50 Euro für angemessen und begründet. Wenn wir die Lohnkosten dazu rechnen, liegen wir immer noch unter den in Rechnung gestellten 19 Euro, so dass die Stadt Dessau-Roßlau die 9,50 Euro an ihre Mitarbeiter der Feuerwehr bezahlen kann, ohne dass sich dies negativ auf den Haushalt auswirken wird. Deshalb sollte dem Antrag und damit der Erhöhung der Vergütung für die Feuerwehr von 7,50 € auf 9,50 € pro Einsatzstunde im Sicherheitswachdienst zugestimmt werden.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erwiderte, solche Vorschläge würden möglicherweise nicht eingereicht, wenn sie vorab mit der Verwaltung abgestimmt wären. Der Änderungsantrag sei in der Sache nicht begründet, weshalb diesem nicht zugestimmt werden sollte. Die 19 € für die Sicherheitswache stellen eine kalkulierte Größe dar. In dieser Kalkulation seien nicht nur die Aufwandsentschädigungen enthalten, sondern z. B. auch die Lohnkosten für die Berufsfeuerwehr und weitere Kosten. Diese 19 Euro sind in einer Kalkulation hinterlegt und beinhalten eben nicht nur den Personalaufwand. Auch werde nicht über Vergütung, sondern über Aufwandsentschädigung gesprochen, denn die Ehrenamtlichen erhalten für ihre Tätigkeit eben keine Vergütung, aber natürlich den Aufwand entschädigt, den sie mit An- und Abfahrt und mit der Wahrnehmung der Aufgabe haben. Die Berufsfeuerwehr habe sowieso ein Entgelt und erhält darüber hinaus nur eine Aufwandsentschädigung. Insofern haben die 19 Euro nichts mit der Aufwandsentschädigung direkt zu tun.

Ergänzend verwies **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, auf das einstimmige Abstimmungsergebnis im Haupt- und Personalausschuss.

Frau Benckenstein zog den Änderungsantrag zurück.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

7.16 Langfristige Sicherung des Dessau-Roßlauer Handballvereins 2006 e.V. - Vorlage: BV/359/2014/V-40

Herr Oberbürgermeister Kuras bat darum, die Behandlung der Beschlussvorlage in der Tagesordnung nach hinten zu verschieben, da bezüglich eines kurzfristig eingereichten Jahresabschlusses noch Fragen mit dem Wirtschaftsprüfer zu klären sind.

Die Behandlung der Beschlussvorlage erfolgte nach dem Tagesordnungspunkt 7.25.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf die umfassende Erörterung der Beschlussvorlage in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 18.11.2014 und der dort erfolgten Verständigung, alle künftigen Erörterungen zu diesem Thema in öffentlicher Sitzung durchzuführen, was nicht üblich sei, da es sich um eine Vertragsangelegenheit handelt.

Am 20. November 2014 hat der Ausschuss für Finanzen öffentlich getagt und geringfügige Änderungen vorgenommen, insbesondere was die Berichtspflicht des Vereins betrifft. In der öffentlichen Haupt- und Personalausschusssitzung am 03.12.2014 wurde diese Vorlage mit einer Enthaltung beschlossen. Die heute in der Stadtratssitzung zu behandelnde Beschlussvorlage sei kein gewöhnlicher Fall, da insbesondere Vorgänge aus dem Jahr 2013 seitens der Staatsanwaltschaft untersucht werden. Die staatsanwaltlichen Ermittlungen wurden in den letzten Tagen deutlich ausgeweitet. Gleichwohl sei heute eine wichtige Entscheidung zu treffen.

Alle sind von dem Willen getragen, den Handballsport in unserer Stadt zu erhalten, denn von ihm gehe unstrittig eine identitätsstiftende Wirkung aus und diese Sportart hat die meisten Zuschauer in unserer Stadt. Andererseits müsse darauf geachtet werden, dass Rechtsverstöße vermieden werden und die Geschäftsabläufe ordnungsgemäß erfolgen.

Erinnernd verwies Herr Oberbürgermeister Kuras auf das Problem der Altschulden, die mit Hilfe der Stadt abgebaut werden sollen. Die laufenden Spielzeiten waren in der jüngsten Vergangenheit ausfinanziert. Zunächst war deshalb ein außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren angestrebt worden, aber ein ursprünglich avisierter Vergleich scheiterte an objektiven Gegebenheiten und an Indiskretion. Daraufhin wurden seitens des Vereins mit den Gläubigern Ratenzahlungsvereinbarungen geschlossen, um die Altschulden tilgen zu können und damit wieder handlungsfähig zu werden.

Der Verdacht der Staatsanwaltschaft lautet auf Untreue. Untreue liege dann vor, wenn eine Gebietskörperschaft einem Zuwendungsempfänger, der quasi schon insolvent ist, noch Zahlungen gewährt. Das sei z. B. auch Landesbehörden untersagt. Es stelle sich jetzt die Frage, ob der Verein faktisch bereits insolvent ist. Das habe die Stadtverwaltung veranlasst, vor Einreichung der Beschlussvorlagen, die Situation des Vereins eingehend zu prüfen. Es wurden viele Unterlagen von dem Verein angefordert und darauf bestanden, dass diese von Wirtschaftsprüfern entsprechend testiert sind. Diese Prüfungen sind in den letzten Monaten sehr intensiv in der Stadtverwaltung durchgeführt worden, insbesondere in dem für Sport zuständigen Dezernat V. Es gab Konvolute von Unterlagen, was in der ursprünglichen Beschlussvorlage aufgelistet wurde.

Nach dieser Prüfung könne davon ausgegangen werden, dass mit einem heutigen Beschluss die Insolvenz des Vereins abgewendet werden kann. Bezüglich des Jahresabschlusses 2013 der Sport Marketing GmbH bestehe noch eine Unklarheit. Da die geforderten Unterlagen erst vor kurzem in der Verwaltung eingegangen sind, hatte man für die Prüfung sehr wenig Zeit. Sofort aufgefallen ist aber, dass in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von 133 T€ auftaucht, die uns irritiert hat.

Kurz vor der Sitzung habe Herr Kuras mit dem Steuerprüfer, der diesen Jahresabschluss gefertigt hat, telefoniert. Es handelt sich um eine buchhalterische Aussage, die den Stand 2013 betrifft und uns nicht davon abhalten kann, diesen Beschluss zu fassen.

Er sei Herrn Dr. Maiwald für seine heutige Anwesenheit dankbar, denn er könne bezüglich des Jahresabschlusses 2013 ausführen, ob dieser dem heute zu fassenden Beschluss entgegensteht.

Nachdem **Herrn Dr. Maiwald das Rederecht erteilt** wurde, verwies dieser darauf, dass er vom Präsidenten des Handballvereins schriftlich von seiner Verschwiegenheitsverpflichtung entbunden wurde. Insoweit dürfe er heute über die Zahlen berichten. Zur Dauer der Erstellung gebe es 2 wesentliche Sachverhalte, die eine Bedeutung dafür haben. Zum einen sei es so, dass 3 größere Zahlungen der Stadt zu würdigen sind. Das waren 70.000 € Zuwendung für die Sicherung des Spielbetriebes, 130.000 € Sanierungszuschuss und 75.000 € für die Förderung des Spitzensports.

Insoweit sei es notwendig, für die Arbeit des Erstellers des Jahresabschlusses alle notwendigen Unterlagen beizubringen, sprich was benötigen wir, um das steuerrechtlich zu würdigen. Die Berichterstattungen im Frühjahr 2014, insbesondere zur Zuwendung, haben dazu geführt, dass das Finanzamt sich genötigt sah, für den Zeitraum September bis Dezember 2013 eine Sonderprüfung anzuberaumen. Diese Prüfung sei noch nicht beendet. In dem Ihnen zur Kenntnis gegebenen Jahresabschluss wurde unsere Rechtsauffassung dargestellt. Vorwegstellen wolle Herr Dr. Maiwald, dass er, als Ersteller des Jahresabschlusses, der festen Überzeugung ist, dass der Konsolidierungsweg des Vereins sehr positiv ist und nichts gegen eine Fortführung der gemeinnützigen Tätigkeit des Vereins spricht.

Herr Dr. Maiwald ging auf die Behandlung der gewährten Zuwendung, da diese maßgeblich für das Ergebnis des Vereins ist, ein und erklärte, dass die Spitzensportförderung immer für den Spitzensport, im konkreten Fall für die erste Männermannschaft im Bundesligaspielbetrieb, gedacht war. Diese Zuwendung ist im Jahresabschluss zu würdigen und wurde insoweit in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb erfasst. Des Weiteren waren 70.000 € für die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes, insbesondere für die Zahlung von Gehältern, gewährt worden. Dieser Sachverhalt wurde mit der Sport Marketing GmbH abgestimmt, weil die tatsächliche Zahlung für diesen Zeitraum in den Bereich der Sport Marketing GmbH gehört. Die 130.000 € Sanierungszuschuss für den Handballverein wurden nach Durchsicht der Beschlussvorlage als Einnahme im Verein behandelt. Gleichzeitig besteht die Verpflichtung durch den Verein, diese 130.000 € an die Stadtverwaltung zurückzuzahlen. Insoweit wurde diese Summe passiviert. Bei dem Dessauer Handballverein handelt es sich um einen gemeinnützigen Verein. Dieser unterhielt seit vielen Jahren für den Spielbetrieb der ersten Männermannschaft einen sogenannten wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, welcher steuerpflichtig ist. Der Zweckbetrieb Sport und die sonstigen Tätigkeitsbereiche des Vereins sind nicht steuerpflichtig. Es gehe hier nicht in erster Linie um die erste Männermannschaft, sondern um den Handballverein, der ein Mehrspartenverein geworden ist, denn viele andere Mannschaften in anderen Sportarten sind hier tätig und es werde im Handballbereich von der E-Jugend im Verein bis zur zweiten Männermannschaft gespielt, was dem Zweckbetrieb Sport zuzurech-

nen ist. Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb bestehe nur noch aus den Altschulden, die aus den Jahren 2006 und 2007 resultieren.

Klarstellend merkte **Herr Oberbürgermeister Kuras** an, dass die Passivierung der 133 T€ eine buchhalterische Vorsichtsmaßnahme für eine gegebenenfalls eintretende Rückzahlung sei und keine neue Situation in der Finanzbetrachtung des Vereins darstellt. Diese Aussagen wurden von **Herrn Dr. Maiwald** bestätigt. Die Rückzahlungsverpflichtung sei formuliert und zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zu passivieren. Es sei gegebenenfalls eine Verpflichtung.

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, erläuterte, dass viele Stadträte von dem Angebot Gebrauch gemacht haben, die Unterlagen im Amt für Bildung und Sport einzusehen. Heute wurde festgestellt, dass die Unterlagen bezüglich des Jahresabschlusses 2013, von dem was wir kurzfristig erhalten haben, abweichen. Deshalb verweise er darauf, dass die eingesehenen Unterlagen andere sind, als jetzt mit diesem zertifizierten Abschluss. Allerdings habe die Prüfung ergeben, dass es sich lediglich um eine Anpassung handelt, weil viele Angaben, die seinerzeit in den Entwurfsbericht 2013 eingeflossen sind, nicht zeitgleich und aktuell waren, so dass das jetzt vorliegende Papier den aktuellen Stand des Jahres 2013 aufweist. Die verteilte Synopse sei die Zusammenfassung des Beteiligungsmanagements und soll deutlich machen, dass die inhaltlichen Dinge korrekt abgebildet sind. Es werde also keine Diskrepanz gesehen und stelle deshalb nur eine steuerrechtliche Untersetzung dar.

Frau Lüddemann, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, merkte an, dass sie das von Herrn Dr. Raschpichler Vorgetragene tendenziell eher verwirrt. Wenn bezüglich der zur Prüfung vorgelegten Unterlagen jetzt andere Dinge vorgetragen werden, sei es schwierig, innerhalb der kurzen Zeit eine Entscheidung zu treffen, denn sie könne nicht behaupten, dass sie tatsächlich alle Fragen beantwortet bekommen habe.

Er sei bereit auf konkrete Fragen zu antworten, erwiderte **Herr Dr. Maiwald**. Für seinen Berufsstand sei es normal, dass Jahresabschlüsse zu verschiedenen Zeiträumen unterschiedliche Zahlen aufweisen können, was hier der Fall war. Maßgebend sei der durch seine Unterschrift bescheinigte Abschluss. In der ausgereichten Synopse stehen als Vereinsergebnis 270 T€, die der Verein bekommen hat. Zu diesem Zeitpunkt wurde das als Einnahmen gebucht, weil nichts anderes bekannt war. Nach Bekanntwerden des Beschlusses wurde die Auffassung der Buchhaltung revidiert, so dass die 130 T€ zurückgezahlt werden müssen und die 70 T€ sind nicht zwingend dem Verein zuzuwenden und zuzurechnen. Insoweit habe man Buchungen vornehmen müssen. Werden von den 230 T€ die 130 T€ plus die 70 T€ abgezogen, sei man fast bei dem heute ausgewiesenen Ergebnis. Jetzt wurde eine rechtliche Würdigung dieser Zahlung durch dieses Haus vorgenommen.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, verwies auf die Aussage im Finanzausschuss, dass 50 T€ schon an die Stadt zurückgeflossen sind, so dass man über eine andere Zahl, als die 180 T€, rede. Weiterhin war den Unterlagen zu entnehmen, dass über die 180 T€ oder 130 T€ ja schon einmal 50 T€ geflossen sind, die weder der Werbung zuzurechnen sind, noch den anderen Verträgen. Sie machte darauf aufmerk-

sam, dass der Jahresabschluss des Vereins vorgetragen wurde. In der Vorlage heißt es im letzten Satz „Jahresabschluss der Marketing GmbH“, der aber nicht vorliege.

Zur ersten Bemerkung erwähnte **Herr Dr. Maiwald**, dass die Rückzahlung in Höhe von 50 T€ im Jahr 2014 erfolgt ist und keinen Einfluss auf den Jahresabschluss 31.12.2013 hat. Der Sachverhalt sei tatsächlich mit der Passivierung berücksichtigt worden. Wenn die 50 T€ in 2014 fließen, werden von 130 T€ 50 T€ aufgelöst. Natürlich habe man noch die anderen 50 T€, die für die Sanierung vorgesehen waren und auf einem Sonderkonto bei Herrn Dr. Exner gelegen haben. Auch diese wurden ausgewiesen und sind in der Bilanz enthalten.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, merkte an, es sei erfreulich, dass heute die zusätzlichen Angaben gemacht werden konnten. Bei der Akteneinsicht war er zum Testat vom 23.09.2013 über die Formulierung des Satzes verwundert: „Anzumerken ist, dass nach Wegfall des Sanierungszuschusses und der Tilgung der Altverbindlichkeiten eine nicht ausfinanzierte Differenz in der nachfolgenden Spielsaison vorliegen kann.“ Er stellte die Frage, warum diese Form der Formulierung gewählt wurde.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Konzeptes war ihm der Sachverhalt, um den es heute geht, noch nicht bekannt, erwiderte **Herr Dr. Maiwald**. Insoweit habe er die zur Verfügung stehenden Sachverhalte zur Kenntnis nehmen müssen und gesagt, dass der Verein unter Zugrundelegung und unter Nichtrückzahlung des Sanierungszuschusses in Höhe von 130 T€ sehr wohl in der Lage ist, über die Spielzeit hinaus die Finanzierung des Vereins vorzunehmen. Mit einem positiven Beschluss des Stadtrates könne der Verein noch besser die Konsolidierung vornehmen. Er sei auf einem sehr guten Weg, was die Finanzbuchhaltung zum heutigen Zeitpunkt zeige.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte an Herrn Dr. Maiwald die Frage, ob der Jahresabschluss 2013 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk seinerseits, als verantwortliche Person, für die Prüfung zu versehen ist oder nicht.

Der Jahresabschluss 2013 sei nicht von uns eingeschränkt worden, erwiderte **Herr Dr. Maiwald**.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, bezog sich auf die Aussage auf der Seite 5 der Beschlussvorlage, dass der Jahresabschluss 2013 der Marketinggesellschaft bis zum heutigen Tag nicht vorliegt. Jetzt habe er ein Blatt bekommen, wo Verein steht. In der Beschlussvorlage stehe unter Punkt 8 Jahresabschluss zum 31.12.2013 Dessau-Roßlauer Handballverein 06 e.V. Bisher hatte er durch die Bereitstellung der Unterlagen zur Prüfung kein Problem. Jetzt lag der Jahresabschluss der GmbH nicht vor, aber es gab einen Jahresabschluss zum 31.12. 2012 unter dem Punkt 6 auf der Seite 5 der Beschlussvorlage. In diesen Unterlagen, unter Punkt 6, lfd. Nr. 52 steht: „Das Unternehmen ist zum Bilanzstichtag buchmäßig überschuldet. Wir weisen darauf hin, dass durch den Gesellschafter unverzüglich die Insolvenzantragspflicht geprüft werden muss.“ Herr Berghäuser fragte, ob diesbezüglich etwas unternommen wurde. Bei der Einsicht der Unterlagen habe er festgestellt, dass Herr Dr. Maiwald die GmbH nicht geprüft hat. Jetzt wurde gesagt, dass der Jahresabschluss 2013 der Marketing-Gesellschaft vorliegt.

Er fragte Herrn Dr. Maiwald, ob er die Gesellschaft oder den Verein geprüft hat. Je mehr Unterlagen er bekomme, desto verwirrter sei er.

Den Jahresabschluss für die Sport-Marketing-Gesellschaft stellen wir nicht auf, entgegenete **Herr Dr. Maiwald**. Deshalb habe man ihn auch nicht zu prüfen. Der Jahresabschluss 2012 liege vor und nach seinem Kenntnisstand auch ein vorläufiger Jahresabschluss 2013.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf die schwierige Lage. Er könne das Unbehagen der Stadträte verstehen, denn es sei nicht einfach, jetzt eine Entscheidung zu treffen. Fest stehe, dass die Vereinsführung, wenn der Beschluss nicht in der vorgelegten Form gefasst wird, sofort die Insolvenz anmelden muss. Dann sei das Ende des Leistungshandballs in Dessau eingeläutet. Wenn wir die Insolvenz des Handballvereins nicht wollen, müsse überlegt werden, wie wir für die Zukunft Sicherheit einbauen, damit nicht der Staatsanwalt erneut den Vorwurf der Untreue prüft.

Herr Oberbürgermeister Kuras schlug vor, dass die Stadtverwaltung und der Stadtrat die weitere Entwicklung begleiten und überwachen. Demnach solle entsprechend § 46 und 49 KVG ein zeitweiliger beratender Ausschuss gegründet werden, der eine Art Aufsichtsrat über diesen Verein darstellt und die weiteren Schritte begleitet, insbesondere das weitere Schuldenabbauverfahren. Weiterhin solle nicht die gesamte Summe auf einmal an den Verein gezahlt werden, sondern nur insoweit der Verein es für die aktuelle Schuldentilgung benötigt. Die Schuldentilgung mit den Gläubigern sei vereinbart bis zum 30. Juni 2016 in Raten und solange würde auch der zeitweilige Ausschuss arbeiten. Es müsse ein Zahlungsplan entwickelt werden, der sukzessive diese Summe berücksichtigt. Diese beiden Sicherheitsmaßnahmen dienen der Vorsorge, um nicht in Rechtsverstöße zu kommen, aber gleichwohl den Handball in unserer Stadt retten. Deshalb stelle er formal den **Antrag**, diese Vorlage mit den beiden Zusätzen, so zu beschließen.

Herr Mau, CDU-Fraktion, kam zur Sitzung (18.30 Uhr), so dass 46 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

Herr Tonndorf, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, legte dar, er habe jeden Euro für den Dessau-Roßlauer Handballverein mit Bauchschmerzen, aber mit sehr viel Wohlwollen beschlossen. Da es mit dem Handballverein bergauf gehe, wie von Herrn Dr. Maiwald gesagt, rufe er alle Stadträte auf, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Auszeit für eine Beratung in der Fraktion.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, unterstützte im Namen seiner Fraktion den von Herrn Oberbürgermeister Kuras unterbreiteten Vorschlag und forderte auch die Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates dazu auf.

Herr Hernig, Fraktion AfD, stellte die Frage, ob generell geprüft wurde, inwieweit man den DRHV von der GmbH trennen kann, denn selbstverständlich müsse der Handball für Dessau gerettet werden. Man sollte den DRHV retten, worüber jetzt sofort beschlossen werden sollte, damit der DRHV existieren kann. Die Unterlagen, die man nicht gesehen habe, sollte man sich ansehen und schnellstmöglich reagieren.

Mit der klaren Aussage des Oberbürgermeisters und den Ausführungen von Herrn Dr. Maiwald zur Rechtmäßigkeit der heute vorliegenden Beschlussvorlage könne die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen, erklärte **Herr Trocha**. Das heute Vorliegende sei nicht mit der Vergangenheit in Zusammenhang zu bringen. Die derzeitigen Verantwortlichen haben seit der Übernahme der Verantwortung ständig mit der Aufarbeitung der Hinterlassenschaft des ehemaligen Präsidenten zu kämpfen. Die heutige Beschlussvorlage bietet die Möglichkeit der Entschuldung des Vereins bis Juni 2016, weshalb er um Zustimmung bitte.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, es zeichne sich ab, dass der Stadtrat einmütig dazu steht, den Dessau-Roßlauer Handballverein, also den Spitzensport in dieser Stadt, zu retten, was Anfang Oktober 2013 auf den Weg gebracht wurde. Dafür sei er dankbar. Die heute handelnden Personen haben immer für Transparenz gestanden und die Hälfte des Schuldenberges, den uns ein Herr Demitres hinterlassen hat, abgetragen. Mitte des vergangenen Jahres war absehbar, dass die Saison nicht mehr zu Ende zu finanzieren ist. Der Politik wurde gesagt, wenn die Stadt nicht helfen kann, muss der Insolvenzantrag gestellt werden. Natürlich wurde geprüft, ob wir die Marketing-Gesellschaft in Insolvenz schicken können. Es müsse aber deutlich gesagt werden, dass sowohl bei der Marketing-Gesellschaft als auch beim Verein Schulden da sind und beide dann insolvenzgefährdet wären, wenn es die Hilfe nicht gibt. Würden wir nur die Marketing-Gesellschaft in Insolvenz schicken, wären wir nur einen Teil der Schulden los auf Kosten der Gläubiger. Trotzdem würde man das Spielrecht verlieren und in die 5. Liga absteigen. Wer einmal dort gelandet ist, habe die Spieler, den Trainer und die Sponsoren verloren. Unsere Region würde über das Oberzentrum dann nur lachen, wenn wir unser Spielrecht verlieren. Er unterbreitete den Vorschlag, den Wirtschaftsrat mit 1-2 kompetenten Stadträten auszuweiten und damit für Transparenz zu sorgen. Damit wäre eine ständige Begleitung aus diesem Hause möglich. Er würde insbesondere Frau Ehlert mit ihrem Sachverstand aus dem Finanzbereich ansprechen. Er bitte um Zustimmung zur Beschlussvorlage, da ansonsten diese Sache, die jahrzehntelang ein Aushängeschild für diese Stadt war, den Bach runter gehe.

Die Frage von **Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, ob Herr Otto Vorstandsmitglied im Verein ist, wurde von diesem verneint, er sei Mitglied im Wirtschaftsrat.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates kündigte die Durchführung einer Auszeit von 18:40 Uhr bis 18:45 Uhr an.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, meldete sich um 18.50 Uhr ab und nahm an der weiteren Sitzung nicht teil.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen sowie **Herr Hernig**, Fraktion AfD, verließen ebenfalls um 18:50 Uhr den Sitzungsraum und nahmen an der weiteren **Verhandlung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes nicht teil**.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führte aus, man habe sich zur Gestaltung der Beschlussvorlage Gedanken gemacht, damit sie keine Gefahr birgt und am Ende das Geld in Richtung eines insolventen Vereins fließt. Er stellte folgenden **Änderungsantrag: Unter Pkt. 4 erster Satz ist anzufügen ...“ wenn der Jahresabschluss 2013 der Marketing-Gesellschaft vorliegt und die Saison 2014/2015 noch nicht zu Ende ist.“**

Frau Benkenstein, Fraktion AfD, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die eingereichten **Änderungsanträge** zur Abstimmung:

- **Bildung eines zeitweiligen beratenden Ausschusses zur Begleitung des ordnungsgemäßen Ablaufes des Entschuldungsverfahrens bis Juni 2016**

Abstimmungsergebnis: 41:00:02
Der **Änderungsantrag** wurde **angenommen**.

- **Erstellung eines Zahlungsplanes an den DRHV 06. Es sollte nicht die gesamte Summe ausgezahlt werden, sondern nach Bedarf.**

Abstimmungsergebnis: 40:00:03
Der **Änderungsantrag** wurde **angenommen**.

- **Unter Punkt 4, erster Satz ist anzufügen: ..„wenn der Jahresabschluss 2013 der Marketing-Gesellschaft vorliegt und die Saison 2014/2015 noch nicht zu Ende ist.“**

Abstimmungsergebnis: 33:04:06
Der **Änderungsantrag** wurde **angenommen**.

Die Abstimmung zum Antrag auf **namentliche Abstimmung** der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 15:18:10

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die Beschlussvorlage, einschließlich der angenommenen Änderungen, zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde in geänderter Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:02:00

7.17 Fortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Dessau-Roßlau, Teil berufsbildende Schulen
Vorlage: BV/334/2014/V-40

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.18 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung 2014 - Leistungen nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: BV/282/2014/V-50

Die NPD habe dieses Thema nicht in den Stadtrat getragen, betonte **Herr Grey, NPD**. Mit dieser Vorlage soll eine außerplanmäßige Aufwendung von 600 T€ für sogenannte Asylbewerber beschlossen werden. Wie zu erwarten war, wurde das in den Ausschusssitzungen, bis auf 2 Stimmen, befürwortet. Die NPD werde dieser Vorlage nicht zustimmen. Auch wenn der überwiegende Teil der Kosten angeblich über Landesmittel bereitgestellt werden soll, zahlen das am Ende die deutschen Steuerzahler und damit auch die Bürger von Dessau-Roßlau.

In Anbetracht der Gesamtkassenlage in Dessau und im Land seien solche Praktiken unverantwortlich. Deutschland erfülle seine Pflichten überproportional. Anstatt immer neue Forderungen aufzustellen, sollte der Antragsteller sich lieber darum kümmern, dass die Ursachen für die uns belastenden Flüchtlingsströme bekämpft werden, denn schließlich sitzen hier Genossen und Freunde in verschiedenen Landtagen und auch im Bundestag. Doch es komme nichts, die größten Kriegstreiber und Brandstifter, wie ein Herr Obama, werden beklatscht und bejubelt. Ihn interessiere, welche dringenden Gründe es gibt, Länder wie Albanien, Bosnien Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Russland, Serbien und die angeblich größte Demokratie Indien, verlassen zu müssen.

Deutschland und schon gar nicht Dessau, werde die Menschheit nicht retten. Dagegen müsse man aufpassen, dass Dessau-Roßlau nicht untergeht, denn wie in den jüngsten Studien und Erhebungen zu erfahren war, sei in den kommenden Jahren mit massiven Abwanderungen von bis zu 75 % der Schulabgänger zu rechnen, dann könne Dessau-Roßlau einpacken. Solche Verluste werden mit der Zuwanderung von Migranten nicht ausgeglichen, sondern verschlimmern die Lage. Deshalb sollte dafür gesorgt werden, dass unsere Familien die bestmögliche Versorgung und Förderung erhalten. Dazu werden kostenlose Kita-Plätze, Arbeitsplätze mit denen man Familien ernähren kann, geringere Steuern und Abgaben und mehr Mittel für Vereine benötigt. Man brauche nicht noch mehr Fremde, die teilweise unsere Stadt unsicher machen, wie die Vorfälle aus der Vergangenheit zeigen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

- 7.19 Einleitung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau – Weiterentwicklung des Zentralen Versorgungsbe-
reichs am Standort Luchplatz
Vorlage: BV/321/2014/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

- 7.20 1. Änderung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Dessau-
Roßlau (INSEK) - Billigung Entwurf und Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: BV/332/2014/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

- 7.21 "Quartier Lange Gasse" - Umsetzung von Strategien und Maßnahmen
zum ExWoSt-Modellvorhaben
Vorlage: BV/284/2014/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:05

- 7.22 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 212 „Klinik- und Gesundheits-
zentrum“; Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/307/2014/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

- 7.23 Mitgliedschaft der Stadt Dessau-Roßlau im Verein "Europäische Met-
ropolregion Mitteldeutschland e. V."
Vorlage: BV/276/2014/VI-80**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

- 7.24 Satzung des Wirtschaftsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/333/2014/VI-80**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

**7.25 Entwicklung einer Stadtmarketinggesellschaft und Teilumsetzung
des „Ganzheitlichen Tourismuskonzeptes für das Oberzentrum
Dessau-Roßlau in der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg“
Vorlage: BV/363/2014/StR**

Aufgrund der Erfahrungen des Redaktionsteams zur Geschäftsordnung und zur Hauptsatzung schlug **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, die Bildung eines Arbeitskreises aus Politik und Verwaltung vor, welcher sich systematisch dieser Aufgabenstellung nähern soll. Bezüglich der Mitwirkung bat er um ein Signal aus den anderen Fraktionen. Das sei die richtige Methode, um diese Beschlussvorlage systematisch zu untersetzen.

Auf der anderen Seite gebe es einen Aspekt, der mit einer Beschlussvorlage, die hier integriert ist, im Zusammenhang steht. Es gebe einige Dinge, die bereits auf dem Weg sind und insofern hinterfragt werden müssen, ob sie zeitgleich in Gang zu setzen sind, um keine Zeit im Prozess zu verlieren. Deshalb sollte man sich in einem zu bildenden Arbeitskreis dazu verständigen, welche Dinge sofort umzusetzen sind und welche noch Zeit haben. Es müsse aber schnell gehandelt werden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gab für die Öffentlichkeit bekannt, dass diese Beschlussvorlage von allen 6 Fraktionen des Stadtrates eingebracht worden ist, was ein bemerkenswerter Umstand der Einmütigkeit sei, um dieses Thema schnell und präzise voranzubringen.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, legte dar, er finde die Anregung zur Bildung eines Arbeitskreises gut, jedoch wolle er nicht das Ergebnis der Abstimmung davon abhängig machen. Die inhaltlichen Begründungen wurden in der letzten Sitzung des Stadtrates und in der Haupt- und Personalausschusssitzung intensiv ausgetauscht. Er sehe eine echte Chance für einen Neuanfang. Die gemeinsame Aufgabe mit der Verwaltung sei, dieses Papier dann mit Leben zu füllen. Der Ansatz sei da. Die Fraktion werde das genau nachvollziehen und sie hoffen auf eine Konstruktion. Mit der Bildung einer eigenständigen Gesellschaft trage man eine große Verantwortung dem Thema sowie den Mitarbeitern gegenüber. Er sei sich sicher, dass das auf einen guten Weg zu bringen ist und hofft, dass man in einem ¾ Jahr über erste Erfolge reden kann. Er dankte den anderen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit sowie seinen Leuten, die diesbezüglich viel Arbeit geleistet haben.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, ging auf die klare Beschlusslage, welche mit allen Fraktionen ausgearbeitet wurde und auf die Diskussion in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses ein, weshalb er sich nicht sicher sei, ob die Bildung eines weiteren Arbeitskreises zielführend wäre. Die Verwaltung sei jetzt gefordert, diesen Beschluss umzusetzen. In regelmäßigen Abständen können, so wie das der Oberbürgermeister auch in den Runden mit den Fraktionsvorsitzenden praktiziert, entsprechende Themen diskutiert werden. Ansonsten existieren zwei dafür zuständige Ausschüsse, die sich damit zu befassen haben. Deshalb sehe die CDU-Fraktion nicht die unbedingte Notwendigkeit eines solchen Arbeitskreises, jedoch würden sie sich einer Mitarbeit nicht verschließen.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, ging auf die gute Zusammenarbeit ein und unterstützte das von Herrn Kolze Gesagte, keinen weiteren Arbeitskreis zu bilden.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf sein Vorhaben, eine Arbeitsgruppe in der Verwaltung zu bilden, die sich aus dem Bereich Marketing des Amtes 80 und des Kulturamtes rekrutiert. Aufgrund des ersten Auftrages, die Nutzung der vorhandenen IPG zu prüfen, habe er Herrn Tobler von der DVV gefragt, ob er mitwirken würde. Dieses Einverständnis habe Herr Tobler gegeben. Einzelne Stadträte haben ebenfalls bereits ihre Mitwirkung zugesagt. Wenn das Angebot der Mitwirkung seitens des Stadtrates besteht, habe er nichts dagegen, andererseits könne auch bei den regelmäßigen Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden der jeweilige Arbeitsstand erörtert werden.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, ergänzte, dieser Arbeitskreis, in einer überschaubaren Größenordnung, bereitet Beschlussvorlagen schrittweise zur Umsetzung dieses Beschlusses vor und könne das auch nur auf dieser Arbeitsebene tun. In den Ausschüssen werden Vorlagen beraten, qualifiziert, diskutiert und dann abgestimmt. Die Vorbereitungsarbeiten lassen sich aber, wie die Erfahrungen mit dem Anhaltischen Theater zeigen, nur in der schrittweisen Untersetzung und Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung realisieren. Nach der internen Diskussion könne man sich immer noch politisch artikulieren. Auf der anderen Seite erkenne er die hohe Sensibilität dieses Prozesses, was die Mitarbeiter des Hauses betrifft.

Die Vorbereitung dieser Beschlussvorlage habe gezeigt, dass das erstens ohne Beschluss und zweitens sehr intensiv geht, weshalb das nicht zerredet werden sollte, ergänzte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

7.26 Ausnahme von der Haushaltssperre - Kinderzirkus "raxli-faxli" **Vorlage: BV/373/2014/LBF/GR**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers **zurückgezogen**.

Vor der Behandlung des nichtöffentlichen Teils wurde durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates um 19:25 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 20.02.15

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer

